

Deutschland kann mehr.

www.projekt-wirtschaftswachstum.de

Adressen 1.20



Foto: dpa

Bundsvorstandsklausur

„CDU ist Reformmotor“

Zum politischen Auftakt in diesem Jahr traf sich der Bundesvorstand der CDU Deutschlands zu einer zweitägigen Klausurtagung in Hamburg.

In der Hansestadt legte der Bundesvorstand die politischen Ziele für das laufende Jahr fest. Mit der

„Hamburger Erklärung“, in deren Mittelpunkt das „Projekt Wachstum“ steht, setzt die CDU ihre programmatische Arbeit nahtlos dort fort, wo sie im letzten Jahr auf dem Leipziger Bundesparteitag aufgehört hat. Im Rahmen des Wachstumsprojektes wird ein ▶

INHALT

Laurenz Meyer & Hans-Gert Pöttering:
„Made in Germany“
muss als Markenzeichen
erhalten bleiben
Seite 5

Dokumentation:
„Deutschland kann mehr!“
Hamburger Erklärung des
Bundesvorstandes
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Der neue CDU-Bundesgeschäftsführer stellt sich vor (Seite 4) ■ Volker Kauder: Die Reformen müssen im Jahr 2004 weitergehen (Seite 6-7) ■ Argumentationshilfe: SPD-Kahlschlag in der Forschungspolitik (Seite 8-9) ■ Hans-Gert Pöttering: Verfassung zum Abschluss bringen (Seite 11) ■ Berliner Gespräch: Nach uns die Sinflut – Wohlstand auf Kosten der Zukunft? (Seite 12-13) ■ Buchvorstellung: „Mein Weg“ Angela Merkel im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg (Seite 14) ■ Christian Schmidt: Erst Weißbuch, dann Reform (Seite 15-16) ■ Dietrich Austermann: Eichel mit Mogelpackung (Seite 16-17) ■ Peter Götz: Rot-Grün verschleppt Graffiti-Bekämpfung (Seite 17-18) ■ Karl-Josef Lauermann: Clement muss Gester sofort entlassen (Seite 18-19) ■ Dirk Fischer: Konzeptloser Mautminister (Seite 19)

► umfassendes Konzept zur Belebung der Wachstumskräfte in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft erarbeitet. Bei der Vorstellung des Projektes betonte Angela Merkel, nur aus Wachstum entstehe Wohlstand, Beschäftigung und Sicherheit.

Zusätzliche Impulse für das „Projekt Wachstum“ gab der Präsident des Müncher ifo-Instituts auf der Klausurtagung. In einem Vortrag betonte Hans-Werner Sinn, dass es vorrangiges Ziel der Politik sein müsse, den Arbeitsmarkt „wieder flott“ zu bekommen. Der Staat müsse Partner der Wirtschaft werden und nicht Konkurrent sein. Die Partei- und Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Angela Merkel, kündigte an, dass der Acht-Punkte-Katalog für mehr Wachstum und Beschäftigung bis Ende des Jahres abgearbeitet werden solle. Die Ergebnisse der acht Arbeitspakete würden dann vom Bundesvorstand zu einem Leitantrag an den Parteitag am 6. und 7. De-

zember in Düsseldorf zusammengefasst werden. Gemeinsam mit den Beschlüssen des vergangenen Jahres sollen sie in einen „Masterplan Deutschland“ münden, der festlegt, was kurzfristig anzugehen ist und was auf mittlere bis längere Frist erreicht werden soll.

Steuerreform

Die CDU bekräftigt in der Hamburger Erklärung das von Friedrich Merz erarbeitete und auf dem Leipziger Parteitag beschlossene Steuerkonzept. „Denn nur was wirklich einfach ist, kann auch wieder zu mehr Gerechtigkeit führen.“ Angela Merkel forderte deshalb eine fundamentale Reform für das Steuerrecht. „Uns geht es nicht darum, am bestehenden Einkommensteuerrecht herumzudoktern,“ sagte Angela Merkel. Eine Einigung mit der rot-grünen Bundesregierung sei nur möglich, wenn es eine Neufassung des Einkommensteuerrechts gebe. Der

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@dcd.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333, Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profflich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Bundesvorstand forderte in der „Hamburger Erklärung“ von der Bundesregierung „einen Gesetzentwurf für eine umfassende Steuerreform vorzulegen.“ Angela Merkel betonte, dass auch in künftigen Gesprächen mit der Regierung gelten werde, „erst das Land, dann die Partei“. Die Haltung der CDU sei weiterhin, dass die Vorteile einer Maßnahme ihre Nachteile überwiegen müssten. Angela Merkel zeigte sich zuversichtlich, dass sich CDU und CSU auf ein gemeinsames Steuerkonzept bis zur gemeinsamen Sitzung beider Parteipräsidien am 7. März einigen werden. Die Parteivorsitzende führte aus, es sei durchaus möglich, eine Steuerreform stu-

fenweise umzusetzen. Damit könnten zu große Einnahmeverluste vermieden werden, weil im ersten Jahr eine Senkung der Steuersätze voll, der Subventionsabbau aber noch nicht voll zur Wirkung käme. Klar müsse aber sein, dass ein neues Fundament für das Steuerrecht nötig sei.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Vom Bundesvorstand bekräftigt wurden auch die auf dem Leipziger Parteitag verabschiedeten Konzepte zur Sicherung der Sozialsysteme und die Vorschläge zur Flexibilisierung und Belebung des Arbeitsmarktes.

Sie seien „hervorragend geeignet“, für „unser Land einen neuen Anfang zu schaffen und den Weg in eine bessere Zukunft zu ebnen“, so Angela Merkel.

In ihrer Erklärung wendet sich die CDU-Führung im Zusammenhang mit dem von der Bundesregierung geplanten Gesetz zur schärferen Bekämpfung der Schwarzarbeit in Privathäusern auch gegen eine „Kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen“. Notwendig seien „angemessene und wirksame Anreize, um als Arbeitgeber legal zu beschäftigen und als Arbeitnehmer legal beschäftigt zu werden“. Ohne einen funktionierenden Niedriglohnbereich und ohne Belegung des Potenzials bei haushaltsnahen Dienstleistungen werde Deutschland sein Beschäftigungsproblem nicht lösen können, heißt es in der Erklärung.

Vor der Klausurtagung hatte Angela Merkel zusammen mit dem Hamburger Bürgermeister Ole von Beust den Wahlkampf in Hamburg eröffnet. Auch andere Mitglieder des CDU-Bundesvorstandes hatten vor Beginn der Klausurtagung Wahlkampftermine in der Hansestadt bestritten, wo am 29. Februar eine neue Bürgerschaft gewählt wird.

HAMBURGER ERKLÄRUNG

CDU-Wachstumsprojekte 2004

1. Mehr Wachstum durch Arbeit in neuen Erwerbsstrukturen
 2. Mehr Wachstum durch mehr Wettbewerb
 3. Mehr Wachstum durch technologische Innovation
 4. Mehr Wachstum durch Qualifikation und Elitebildung
 5. Mehr Wachstum durch moderne Infrastruktur
 6. Neue Wachstumsstrategien für Regionen im Strukturwandel
 7. Wachstumschancen durch die EU-Erweiterung
 8. Mehr Wachstum durch modernes Regieren und Verwalten
- siehe UiD-Dokumentation (Innenteil) oder auf den Sonderseiten www.projekt-wirtschaftswachstum.de

Neuer Bundesgeschäftsführer im Amt

Biografische Daten:

■ geb. 30. Juli 1956 in Leutkirch/Allgäu; katholisch; verheiratet; drei Kinder

■ Studium der Volkswirtschaftslehre, Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität des Saarlandes und University of Washington, Seattle, Wa., USA; 1985 Promotion zum Dr. rer. pol. in Volkswirtschaft und Politikwissenschaft;

■ 1983–84: Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität des Saarlandes;

■ 1984–2002: verschiedene Verantwortungen im Deutschen Industrie- und Handelskammertag in Bonn und Berlin, u.a. in der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer, Paris.

■ 2003: Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Acht persönliche Fragen:

■ 1. Was reizt Sie am meisten an Ihrem neuen Job als CDU-Bundesgeschäftsführer?

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Parteifreunden auf allen Ebenen und möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass die CDU überall erfolgreich ist und spätestens 2006 wieder Regierungsver-



Dr. Johannes von Thadden

antwortung übernehmen kann. Denn Deutschland kann mehr – mit der CDU.

■ 2. Deutschland hat gute Chancen, weil ...
hier viele leistungsfähige und leistungsbereite Menschen leben und arbeiten und weil wir Deutsche immer wieder beweisen, dass wir Herausforderungen meistern können.

■ 3. Deutschland kann mehr als derzeit, wenn ...
wir alle die Ärmel hochkrempeln, die Eigeninitiative stärken und unsere Werte bewahren: Demokratie, Menschenrechte, Soziale Marktwirtschaft.

■ 4. Mit welcher Persönlichkeit der Weltgeschichte würden Sie gerne ein Gespräch führen, wenn Sie die Möglichkeit dazu hätten?

Mit Konrad Adenauer; denn „Deutschlands Bester“ hätte sicher auch heute manch klu-

gen und humorvollen Rat.

■ 5. In welches Land würden Sie gehen, falls man Ihnen einen Botschafterposten anbieten würde?

Bundesgeschäftsführer der CDU zu sein, finde ich interessanter. Beruflich und privat kenne ich ca. 80 Länder: Frankreich, die USA, Polen und Israel sind mir besonders nahe.

■ 6. Können Sie von Politik ganz abschalten und wenn ja, wie?

In der Familie geht das leicht, aber auch mit Freunden; denn es gibt auch andere wichtige und schöne Beschäftigungen. Ich spiele z.B. begeistert Doppelkopf.

■ 7. Welche drei Bücher stehen auf Ihrer Bestsellerliste ganz oben?

Da reichen drei nicht, weil ich gerne und viel lese, besonders Biographien und politische Krimis. Derzeit bin ich fast durch die dicke Lebensbeschreibung über Adenauer von Prof. Schwarz und freue mich auf den neuen Krimi von Eliot Pattison, ein beeindruckender Kenner Chinas und besonders Tibets.

■ 8. Welche drei Dinge würden Sie mit auf eine einsame Insel nehmen?

Nicht Dinge, sondern Menschen. Nicht drei, sondern vier: meine Familie.

Laurenz Meyer/Hans-Gert Pöttering:

„Made in Germany“ muss als Markenzeichen erhalten bleiben!

Zu den Plänen der EU-Kommission für die Abschaffung nationaler Herkunftszeichen erklärte der CDU-Spitzenkandidat für die Europawahl, Hans-Gert Pöttering, und CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer:

Das Gütesiegel „Made in Germany“ ist seit Jahrzehnten in aller Welt als Markenzeichen für deutsche Wertarbeit bekannt. Es darf nicht durch die anonyme Herkunftsbezeichnung „Made in the EU“ abgelöst werden. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit einer Harmonisierung des europäischen Marktes: Diese Schnapsidee der Brüsseler Bürokratie lehnen wir genauso entschieden ab wie alle Bestrebungen für eine eurokratische Gleichmacherei! Gerade die nationale und die regionale Identifizierung von Produkten ist Teil unseres Reichtums, den wir uns nicht kaputt machen lassen.

Zudem setzt eine solche Form der Überreglementierung die Akzeptanz des europäischen Gedankens in der Bevölkerung aufs Spiel.

Denn man kann weder die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland noch die Betriebe dazu zwingen, auf die Identifizierung mit den von ihnen hergestellten Produkten zu verzichten. Damit einherginge ein unschätzbare Verlust von Traditionen, auf die die Menschen doch zu recht stolz sind.

Garant für Zuverlässigkeit

Aber auch die Konsumenten haben ein Anrecht darauf zu erfahren, in welchem europäischen Land eine Ware hergestellt wurde. Da Deutschland den Wettbewerb um die billigsten Produkte nicht gewinnen kann, muss es auf dem internationalen Markt mit Qualität überzeugen. Und hier gilt nach wie vor: „Made in Germany“ ist ein Garant für Zuverlässigkeit. Für die Wirtschaft beinhaltet



dieses Gütesiegel auch weiterhin die Verpflichtung, dass die einzelnen Komponenten des Produktes tatsächlich in Deutschland gefertigt wurden. Nur wo deutsche Wertarbeit drin ist, darf auch „Made in Germany“ draufstehen.

Verstoß gegen Subsidiaritätsgedanken

Deshalb fordern wir die rot-grüne Bundesregierung auf, dieses Gütesiegel in Brüssel nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Das Markenzeichen „Made in Germany“ muss erhalten bleiben. Alles andere ist absurd, unnötig und widerspricht im Übrigen auch dem Gebot der Subsidiarität in der Europäischen Union.

Volker Kauder:

Die Reformen müssen im Jahr 2004 weitergehen

Das Jahr 2003 hat für Deutschland einen optimistisch stimmenden Ausklang gefunden: Ein erster Schritt auf dem steinigem, aber notwendigen Reformweg ist gelungen. Die Union hat auch in der Opposition ihre gesamtstaatliche Verantwortung unter Beweis gestellt.

Positives Signal

Das Paket des Vermittlungsausschusses enthält mit dem teilweisen Vorziehen der Steuerreformstufe eine Entlastung der Bürger, ohne allzu sehr über neue Schulden finanziert zu werden. Damit haben wir sichergestellt, dass die Belastung auch für künftige Generationen nicht zu groß ist und dennoch im kommenden Jahr die Steuerlast für jeden Einzelnen insbesondere für die unteren Einkommensgruppen sinkt. Gleichzeitig sind bei Arbeitslosen – und Sozialhilfe, in der Arbeitsmarktpolitik oder bei der Gemeindefinanzreform notwendige Signale gesetzt worden für



Wachstum aus eigener Kraft und neue Arbeitsplätze in Deutschland. Das ist ein positives Signal für den Standort Deutschland.

Dennoch dürfen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen lassen, dass weitere große Aufgaben noch vor uns liegen. Der ausgehandelte Kompromiss mit der Regierung war allenfalls ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Auch im neuen Jahr müssen wir Reformen in Angriff nehmen, die unser Land tatsächlich wieder nach vorne bringen:

Steuerstrukturreform

Da ist zunächst eine neue, richtige Steuerstrukturreform, die als Kennzeichen weniger Steuern und

weniger Ausnahmen aufweist und damit die Steuererklärung für den Bürger wieder verständlich und transparent macht und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessert.

Bundestaatliche Ordnung

Da ist weiterhin die Modernisierung der der bundesstaatlichen Ordnung, bei der die Machtverteilung zwischen Bund und Ländern neu definiert wird, so dass der Bürger einerseits die Verantwortung für politische Entscheidungen wieder genauer zuordnen und bei seiner Wahlentscheidung berücksichtigen kann und andererseits die Handlungsfähigkeit des Staatsschiffes Deutschland im Sinne des Bürgers gestärkt wird.

Arbeitsmarkt

Da ist auch die weitere Befreiung des Arbeitsmarktes von Fesseln, die neue Arbeitsplätze für die Arbeit

suchenden Menschen verhindern: die Öffnung des Flächentarifvertrages, die Einschränkung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, die Wochenarbeitszeit, die weitgehende Deregulierung der Produktmärkte, angefangen von der Abschaffung der verbleibenden Ladenschlusszeiten bis hin zu einer Liberalisierung der deutschen Wettbewerbsgesetze.

Wachstumsbereiche

Um Deutschland schließlich wieder leistungsfähig zu machen, müssen neben den notwendigen Strukturreformen auch die zukunftssträchtigen Wachstumsbereiche ausfindig gemacht und gefördert werden. Wir müssen in diese Bereiche investieren, materiell und ideell; wir müssen die Menschen in Deutschland motivieren, ihnen Mut machen und Selbstvertrauen geben, indem wir ihnen sagen, in welchen Bereichen wir immer noch gut sind bzw. Entwicklungsperspektiven haben.

Gründergeist

Wir brauchen einen neuen Gründergeist in der Gesellschaft, bei dem Vertrauen

in Leistung, Eigenverantwortung und Eigeninitiative wie in den Anfangsjahren der Republik vorhanden sind. Markenzeichen des deutschen Wirtschaftswunders war einst das Gleichgewicht zwischen Chancen- und Leistungsgerechtigkeit, zwischen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Daran müssen wir uns erinnern, dies müssen wir neu entwickeln und wieder ausjustieren. Wir werden uns leiten lassen von einem Freiheitsbegriff, der gegen staatliche Überregulierung und Bevormundung steht, der aber zugleich von sozialer Verantwortung wider einen ungezügelten Egoismus geprägt ist. Freiheit durch eine auf das Wettbewerbsprinzip gestützte Ordnung, die wiederum auf ethischen und sozialen Prinzipien gründet.

Kontroverse Diskussion

Die weiteren Reformen, die Deutschland braucht, sind allesamt kontrovers, weil sie Verlierer und Gewinner haben werden. Aber sie werden das Land als Ganzes voran bringen. In Deutschland brauchen große Änderungen breite Mehrheiten; die Union ist auch so lange sie die Regie-

rung noch nicht stellt, dazu bereit. Das, was die Regierung Agenda 2010 nennt, kann nur der Anfang gewesen sein. Die wirklichen Strukturreformen, die Deutschland noch vor sich hat, werden gegen starke Interessengruppen durchzusetzen sein – links wie rechts. Aber um der Krise zu begegnen und um Deutschland wieder nach vorne zu bringen, müssen wir den Menschen in unserem Land ehrlich sagen, was auf sie zukommt. Alles, was dahinter zurückbleibt, kann Deutschland nicht tatsächlich gesunden lassen. Wer dies nicht bekennt, handelt nicht im Sinne Deutschlands und seiner Menschen. Die Niederlande, Großbritannien, skandinavische Staaten und andere sind heute Modelle für Erneuerung. Unser Land muss den Rückstand zu diesen Nachbarn und Partnern aufholen. Eine Wirtschaftsnation wie Deutschland mit immer noch gut ausgebildeten, fleißigen Menschen und starken Industrien ist dazu aber fähig. Die Reformen in Deutschland müssen im Jahr 2004 weitergehen!

Volker Kauder ist Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

SPD-Kahlschlag in der Forschungspolitik

Zum „Jahr der Innovationen“ erklärte die Bundesregierung das Jahr 2004. Und in seiner Neujahrsansprache erklärte Gerhard Schröder, die Bundesregierung wolle Deutschland bei Erfindungen, bei Innovationen in Forschung und Technik an der Weltspitze sehen.

Ein Blick auf die Forschungs- und Bildungspolitik der Bundesregierung zeigt, dass die Realität ganz anders aussieht:

■ Weniger Geld für Bildung und Forschung

Während die Ausgaben im Bundeshaushalt 2004 insgesamt steigen, kürzt die Regierung die Mittel für Bildung und Forschung um 155 Mio. Euro. Hinzu kommt eine „globale Minderausgabe“

von 84 Mio. Euro, die die Regierung Schröder dem Bildungs- und Forschungshaushalt zur Stabilisierung des Rentenbeitragsatzes auferlegt hat. Damit kürzt Rot-Grün die Mittel für Bildung und Forschung um insgesamt 239 Mio. Euro. Ein Blick ins Ausland: Harvard investiert derzeit 3 Mrd. Dollar, das ist mehr als das Doppelte eines Jahresbudgets der Max-Planck-Gesellschaft. Bereits 2003 fehlten den deutschen Forschungsorganisationen rund 75 Mio. Euro. Die renommierte Max-Planck-Gesellschaft muss 12 Einrichtungen schließen.

■ Weniger Geld für den Hochschulbau

Mit 135 Mio. Euro erfährt der Hochschulbau ei-

nen besonders drastischen Rückgang (-12,7 %). Der Haushaltsansatz für 2004 liegt unter dem Volumen, das erforderlich wäre, um die laufenden Vorhaben weiter zu finanzieren. Eine Finanzierung neuer Vorhaben – insbesondere neuer „Spitzenuniversitäten“, wie sie die SPD gerade beschlossen hat – ist so unmöglich.

■ Vernachlässigung der Projektforschung

Die Bundesregierung vernachlässigt die Projektforschung. Die Schere zwischen Projekt- und institutioneller Forschungsförderung öffnet sich weiter zu Ungunsten der Projektforschung: Von 2002 auf 2003 wurde die Projektförderung

AUFFÄLLIGSTE KÜRZUNGEN IM BUNDESHAUSHALT 2004

Zukunftsinitiative Hochschule:
– 200,2 Mio. Euro

Regionalen Wachstumskerne
in den neuen Ländern: – 24,4 Mio. Euro

Nationales Genomforschungsnetz:
– 17 Mio. Euro
(neuer Titel „Biomedizinische Forschung“)

Nanoelektronik und Nanomaterialien:
– 6,063 Mio. Euro,

nationales Weltraumprogramm:
– 3,343 Mio. Euro

Produktionssysteme und -technologien:
– 1,2 Mio. Euro.

optische Technologien: – 0,7 Mio. Euro,

Ausgaben für Hochschulen, Wissenschaft und Ausbildungsförderung:
– 56,835 Mio. Euro.

Zuwendungen für überbetriebliche berufliche Ausbildungsstätten:
– 5,11 Mio. Euro.

Zuwendungen für das Bundesinstitut für Berufsbildung:
– 4,103 Mio. Euro

bereits um 4,3 Prozent gekürzt, von 2003 auf 2004 nochmals um 8,2 Prozent.

■ **Mangelhafte Hochschulpolitik der Bundesregierung**

Rot-Grün

- verweigert sich dem Vorschlag, das Auswahlrecht der Hochschulen und der bestqualifiziertesten Bewerber zu stärken;
- hat aus dem Hochschulrahmengesetz ein Zwangskorsett gemacht;
- sperrt sich gegen die Einführung von Studienbeiträgen;
- gängelt die Universitäten mit der Regeleinführung der Juniorprofessur und der faktischen Abschaffung der Habilitation;
- ist verantwortlich für die Verschlechterung der Betreuungrelation (vor 25 Jahren betreute ein Wissenschaftler 13 Studenten, heute 24)
- kündigt seit 5 Jahren eine Reform des starren BAT-Gefüges an. Bislang ist nichts passiert. Dabei ist der derzeitige BAT für die Wissenschaft wettbewerbsfeindlich. Im Ergebnis verlassen jährlich etwa 25.000 Wissenschaftler Deutschland, weil sie im Ausland bessere Aufstiegschancen vorfinden. In den letzten Jahren gab es keinen ein-

zigen deutschen Nobelpreisträger mehr, der auch in Deutschland forschet.

■ **Deutsche Technologiebranchen in der Krise**

Nur noch der Automobilbau kann sich an der Weltspitze behaupten, an-

SERVICEPUNKT

- Die forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche, hat die Weimarer Leitlinien „Innovation“ des SPD-Vorstandes analysiert. Sie finden die Analyse **im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de, Navigationspunkt „Infos“, Stichwort „Argumente“**

dere technologieorientierte Branchen haben Probleme. Bei der Informationstechnik ist Deutschland weit abgeschlagen, die deutschen Biotechnologieunternehmen sind in der Krise und unser Land hat auch längst seinen Status als „Apotheke der Welt“ verloren, denn pharmazeutische und chemische Industrie wandern ab. Neugründungen von Technologieunternehmen, wie in den

90er Jahren, gibt es kaum noch. Der Welthandelsanteil Deutschlands bei forschungs- und technologieintensiven Waren ist auf ein Tief von 13 Prozent gesunken.

■ **Strategieschwächen**

Die rot-grüne Bildungs- und Forschungspolitik hat kein Profil. Auf zukunftsweisenden Förderfeldern wie der Biotechnologie oder der Nanotechnologie fehlt eine Strategie, ein nationales Konzept. Unverbindliche Ideen wie „Nachhaltigkeit“ oder „Chancengleichheit“ werden dagegen großzügig gefördert. Aus strategischer Sicht aber grundlegende Aspekte wie z.B. Wertschöpfung und/oder Jobs in der Zukunft oder technologische Unabhängigkeit werden vernachlässigt. Prestige-Projekte wie die Ganztageschule erhalten mit einer Milliarde Euro fast ebenso viele Mittel wie die Forschungsorganisationen Max-Planck, Fraunhofer und Leibniz zusammen.

■ Die vollständige Analyse der CDU-Bundesgeschäftsstelle „SPD-Kahlschlag in der Forschungspolitik. Deutschland braucht Taten statt schöner Worte“ finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de, Navigationspunkt „Infos“, Stichwort „Argumente“.

Wahlkampf in Hamburg

Ole von Beust als Spitzenkandidat nominiert



Der Wahlkampf in der Hansestadt Hamburg hat begonnen und ein Höhepunkt reiht sich an den anderen.

Den Auftakt bildeten mehrere Wahlkampfauftritte mit Mitgliedern des Bundesvorstands vor der Bundesvorstandsklausur. Am 14. Januar wurde der Erste Bürgermeisters Ole von Beust zum Spitzenkandidaten der Hamburger CDU für die Bürgerschaftswahl am 29. Februar 2004 nominiert. Der nächste Höhepunkt folgt am 24. Januar: Dann legt die Landesvertreterversammlung die Landesliste der Hamburger CDU zur Bürgerschaftswahl fest. Die Landesliste für die Bürgerschaftswahl gewinnt eine

besondere Bedeutung, da Hamburg als Stadtstaat keine Wahlbezirke kennt.

Als einen der Wahlkampfhöhepunkte ist auch der 21. Januar vorzumerken. An diesem Tag wird das CAFÉ Ole – die Wahlkampf-lounge der Hamburger CDU – nur 60 Meter vom Hamburger Rathausmarkt entfernt vom Ersten Bürgermeister Ole von Beust offiziell eröffnet. Start ist um 11.30 Uhr in den Alsterarkaden 21.

Das Café Ole ist Treffpunkt und zugleich Informations- und Veranstaltungsort für alle interessierten Hamburgerinnen und Hamburger. Das Café Ole hat bis zum 29. Februar, Dienstags bis Freitags von 10–19 Uhr und Samstags von 10–16 Uhr geöffnet und bietet bei einem frischen Milchkaffee viele interessante Informationsmöglichkeiten und Überraschungen.

Zugleich ist das Café Ole das Büro der Initiative „Ich bin für Ole“. Zusammen mit der CDU Hamburg sammelt

die Initiative Unterschriften für Ole von Beust. Auch bundesweit werden Unterschriften gesammelt. Ab sofort kann jeder im Internet die Seite www.ich-bin-fuer-Ole.de an klicken und seine Sympathiebekundung online abgeben.



BUCHTIPP

- Christina Holtz-Bacha (Hrsg.). Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2002, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2003, 280 Seiten, 32,90 Euro

Professioneller Wahlkampf bedeutet Medienwahlkampf. Die Medien spielen die Hauptrolle bei der Vermittlung von Politik an die Wählerschaft. Dieser Reader versammelt rund ein Dutzend Beiträge, die die Ergebnisse aus empirischen Untersuchungen zur Rolle der Medien im modernen Wahlkampf präsentieren.

Empfehlung: Ein Muss für jeden, der das Wechselspiel Medien und Politik verstehen will.

Hans-Gert Pöttering:

Verfassung zum Abschluss bringen

Die Verabschiedung der europäischen Verfassung muss Priorität der Prioritäten für die irische Ratspräsidentschaft sein.

Diese Aufforderung hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion und Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl, Hans-Gert Pöttering, an den amtierenden irischen Ratsvorsitzenden, Bertie Ahern, im Plenum des Europäischen Parlaments gerichtet. Das Scheitern des Gipfels in Brüssel dürfe nicht das Scheitern der Verfassung bedeuten. Pöttering sagte dem irischen Ratsvorsitz die Unterstützung seiner Fraktion für die erfolgreiche Verabschiedung der Verfassung zu. Dabei dürfe das Prinzip der doppelten Mehrheit nicht wie von Bundeskanzler Schröder von Anfang an als unumstößliche Voraussetzung für die Annahme behandelt werden. Auch wenn das Prinzip richtig sei, müssten sich alle Beteiligten aufeinander zu bewegen, um eine tragfähige Lösung zu finden.

Pöttering nannte die Diskussion um ein „Kern-europa“ als in der Sache falsch. Diese Debatte werde den Abschluss der Verfas-



sung erschweren oder sogar verhindern. „Hören wir auf, über 'Kerneuropa' zu diskutieren und arbeiten vielmehr am erfolgreichen Abschluss der Verfassung“, appellierte Pöttering an die Europäische Kommission und den irischen Ratsvorsitz.

Europawahl

Im Hinblick auf die Benennung eines Kandidaten für die Aufgaben des Kommissionspräsidenten, die voraussichtlich noch unter irischem Vorsitz nach den Europawahlen vorgenommen werden wird, erklärte Pöttering, dass die Benennung das Ergebnis der Europawahlen widerspiegeln müsse wie dies auch im Verfassungsentwurf vorgesehen sei. Die EVP-ED-Fraktion werde nicht nochmals

eine Situation wie 1999 akzeptieren, als die EVP-ED-Fraktion die Wahlen gewonnen hat und die anderen die Positionen bekamen. Gleichzeitig forderte Pöttering Kommissionspräsident Romano Prodi auf, auch bei der Benennung der Kommissare aus den 10 neuen Mitgliedsländern die politische Ausgewogenheit der Kommission zu beachten.

Pöttering forderte die irische Ratspräsidentschaft auf, die Beziehungen zu den USA im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft zu definieren und auszubauen. Dies schließe allerdings eine kritische Haltung gegenüber den USA in der Guantanamo-Frage nicht aus. Grundrechte müssten für alle Menschen gelten und daran sollten sich auch die USA halten. Kommission und Rat forderte Pöttering nachdrücklich auf, diese Forderung „schwarz auf weiß“ in die Dokumente der Europäischen Union zu schreiben. Dies gelte insbesondere auch für die Menschenrechte in Tschetschenien. „Geben Sie den Menschenrechten eine Chance durch klare Aussagen in Ihren Dokumenten“, forderte Pöttering.

Berliner Gespräch

„Nach uns die Sintflut – Wohlstand auf Kosten der Zukunft?“

Sind Umwelt- und Wachstumsziele unvereinbar? Welchen Beitrag können die industrialisierten Länder für einen globalen Umweltschutz leisten? Wie sehen Strategien aus, um Entwicklungs-, Umwelt- und wirtschaftliche Ziele in Einklang zu bringen?

Antworten auf diese Fragen standen im Mittelpunkt der kontroversen Diskussion zwischen Klaus Töpfer, Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, und dem Vorstands-Vize und Arbeitsdirektor der BASF AG, Eggert Voscherau, im Rahmen der Berliner Gespräche, zu denen die CDU regelmäßig ins Konrad-Adenauer-Haus einlädt. Moderiert wurde die Runde von Volker Angres, Leiter „ZDF Umwelt“.

In ihren Begrüßungsworten betonte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, die Notwendigkeit, im Rahmen einer globalen Umweltpolitik wirtschaftliche Belange und soziale Aspekte miteinander zu verbinden. Insbesondere die deutsche Industrie habe sich bemüht, Effizienz und Um-



weltbelange zusammenzubringen, indem sie beispielsweise eine Selbstverpflichtung zur CO₂-Reduktion eingegangen sei, stellte Angela Merkel fest. Jetzt müssten auch Staaten wie Russland oder die USA auf das Kyoto-Protokoll verpflichtet werden.

Vorstands-Vize Eggert Voscherau vertrat die Ansicht, dass nur die ökonomisch erfolgreichen Industrienationen etwas für den Umweltschutz erreichen könnten. Beispielsweise fördere die BASF als weltweit tätiges Unternehmen mit neuen Technologien und modernen Verfahren eine Ressourcen schonende Produktion in den Entwicklungsländern. Das Problem bestehe derzeit darin, dass das Bevölkerungswachstum

und der damit einhergehende höhere Ressourcenverbrauch – als Beispiel nannte Voscherau die Volksrepublik China – die Chancen einer nachhaltigen Entwicklung nahezu zunichte machten. Notwendig seien deshalb „Quantensprünge bei den Innovationen in den Industrieländern“. Voraussetzung dafür sei jedoch mehr Zeit, da neue Technologien „nicht auf Abruf zur Verfügung“ stünden. Voscheraus Fazit: Fortschritte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind nur „schrittweise“ und zusammen mit den Menschen möglich.

UNEP-Exekutivdirektor Klaus Töpfer betonte, dass die „ökologische Aggression“ nicht nur das Leben von Millionen Menschen bedrohe, sondern auch den Welt-

frieden gefährde. Als Beispiel nannte er den Klimawandel. So sei es einem Afrikaner nicht zu vermitteln, dass sich vor Ort Dürreperioden häuften, weil die Industrienationen ihre CO₂-Emissionen nicht reduzierten. In diesem Zusammenhang zitierte Töpfer den britischen Premierminister Tony Blair, der dem Klimawandel größere Auswirkungen zuschreibe als dem internationalen Terrorismus. Wenn die Industrienationen also künftige Krisen vermeiden wollten, müssten sie sich ihrer Verpflichtung zur Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit stellen.

Um hier dem Ziel „friedlicher Lösungen“ näher zu kommen, gebe es eine breite Palette von Instrumenten, unterstrich Töpfer. Im Einzelnen sprach sich der Exekutivdirektor nicht nur für Investitionen in die „Hardware“, also die Lieferung technischer Anlagen aus, sondern auch für Investitionen in die Köpfe der Menschen. Beispielsweise sei es unzureichend, Solaranlagen in Afrika aufzustellen ohne gleichzeitig kleine Unternehmer zu schulen, die diese Anlagen warten könnten. Ein weiteres Problem sei der Abfluss des Humankapitals. Insbesondere die Industrieländer müssten die Frage beantworten, welchen Preis

sie bereit seien, für ihren Wohlstand zu zahlen. Anstatt „auf Kosten der Zukunft“ zu leben, sollte ein „verantwortbarer Wohlstand für alle“ geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang versicherte BASF-Vorstands-Vize Eggert, dass die Wirtschaft darauf hinarbeite, Nachhaltigkeit im Wettbewerb zu integrieren. Als Beispiel aus seinem Unternehmen führte er die „Öko-effizienz-Analyse“ an. Danach werden Produkte und Verfahren sowohl unter Kosten- als auch unter Um-

weltgesichtspunkten gründlich analysiert. Auf diese Weise seien Aussagen darüber möglich, mit welchen Materialien besonders Ressourcen schonend produziert werden kann.

„Umweltpolitik ist Friedenspolitik der Zukunft“, fasste Generalsekretär Laurenz Meyer die Diskussion zusammen. Der Politik komme deshalb die Aufgabe zu, umweltpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen in Einklang zu bringen. Dies gelte sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene.

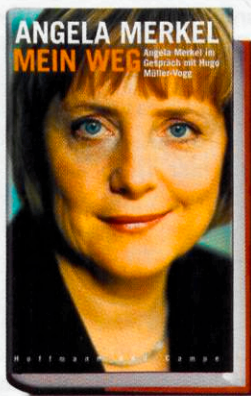
MERKEL TRIFFT US-NOTENBANKCHEF



Zu einem Gespräch mit dem Präsidenten der US-Notenbank Alan Greenspan hat sich die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Angela Merkel getroffen. In Begleitung von Friedrich Merz und dem US-Botschafter in Deutschland, Coats, wurden aktuelle Währungsfragen sowie die Lage der Weltwirtschaft besprochen. Greenspan riet zudem zu einer stärkeren Flexibilisierung u.a. des Arbeitsmarkts in Deutschland, um eine dauerhafte positive Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen.

„Mein Weg.“ Angela Merkel im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg

Wen schon immer interessiert hat, welche Motive, Werte und Prinzipien Angela Merkel antreiben, hat jetzt die Chance, sich detailliert zu informieren. „Mein Weg“ beruht auf neun langen Gesprächen, die der Journalist Hugo Müller-Vogg mit der Partei- und Fraktionsvorsitzenden seit dem Frühjahr 2003 geführt hat. Neben wichtigen politischen Positionsbestimmungen gibt das Buch auch umfassend Auskunft über die Person Angela Merkel und ihren bisherigen Lebensweg. Der Leser erfährt aus erster Hand, wie sich die CDU-Vorsitzende die Zukunft Deutschlands, aber auch die ihrer Partei vorstellt. Insbe-



sondere der Begriff der Freiheit, den Angela Merkel als Selbstbestimmung des Einzelnen, als Bekenntnis zu Wettbewerb und Eigenverantwortung hervorhebt, zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Gleichzeitig plädiert sie

eindeutig für Leistungsgechtigkeit und lehnt jede Form von „Gleichmacherei“ entschieden ab. Allerdings müsse die Politik den Menschen auch vermitteln, „warum sie gefordert sind, warum es auf lange Sicht geht“. Nur wenn dies klar sei, wenn es der Politik gelinge, die Menschen mitzunehmen, werde es auch die „notwendige Akzeptanz“ für „einschneidende Reformen“ geben.

■ „Mein Weg.“ Angela Merkel im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg
Hamburg 2004.
272 S. + 8 S. Bildteil
19,90 Euro
ISBN: 3-455-09417-1
Hoffmann und Campe

LAURENZ MEYER: DEUTSCHLAND STAGNIERT

Deutschlands Wirtschaft stagniert, weil das Vertrauen der Menschen stagniert.

Schröders Dilettantentruppe sorgt mit ihren absurden Entscheidungen dafür, dass die Verunsicherung von Bürgern und Unternehmen immer größer wird. Und angesichts des täglich unprofessioneller werdenden Politik-Managements kann man Bürgern und Un-

ternehmen kaum verdenken, dass sie ihr Geld zusammenhalten und auf bessere Zeiten und eine bessere Regierung warten.

Von Maut bis Gesundheitsreform bekommen die Bürger tagtäglich vorgeführt, dass sie sich auf Regierungshandeln unter Rot-Grün nicht mehr verlassen können. Es spricht Bände, dass dem Kanzler nichts

Besseres einfällt als die Aufforderung: „Deutsche, gebt mehr Geld aus!“ Solange Schröder seine Wirtschaftspolitik auf solche Appelle beschränkt statt die nötigen Reformen am Arbeitsmarkt, beim Steuersystem und den Sozialsystemen konsequent anzugehen, wird Deutschland nicht richtig aus dem Tal der Stagnation herauskommen.

Erst Weißbuch, dann Reform!

Erklärung zu den Umstrukturierungsplänen von Verteidigungsminister Struck:

Es ist unstrittig, dass die Bundeswehr grundlegend reformiert werden muss, um sie für die Zukunft fit zu machen. Dabei blendet Minister Struck aber aus, dass Deutschland nicht nur am Hindukusch verteidigt werden muss, sondern dass wir auch innerhalb unseres Landes auf neue Bedrohungen wie etwa Terroranschläge vorbereitet sein müssen. Wir können die von Struck vorgeschlagene Reform deshalb insgesamt nicht mittragen, weil eine Gesamtverteidigungskonzeption fehlt und wir darin eine Ge-



Christian Schmidt

fährdung der Sicherheit unseres Landes sehen.

Wir fordern den Verteidigungsminister auf, eine Reform vorzuschlagen, die langfristig trägt. Dazu brauchen wir ein Gesamtverteidigungskonzept, in dem sowohl die Landes- und Bündnisverteidigung, aber auch der Heimatschutz auftaucht. Zwar spricht Struck davon, baut aber mit

seinen heutigen Entscheidungen die wesentlichen Fähigkeiten ab. Er sorgt damit dafür, dass die Bundeswehr aus der Fläche verschwindet. Es ist grobfahrlässig, dass Struck die Begründung für seine Reform erst in einem Jahr in Form eines Weißbuches nachreichen will. Richtig wäre, erst ein Konzept vorzulegen und auf dieser Grundlage zu entscheiden, welche Fähigkeiten erhalten oder ausgebaut werden müssen. Dass Struck die umgekehrte Reihenfolge wählt, beweist, dass sich sein Konzept vor allem daran orientiert, wie viel Geld noch in der Kasse ist.

Struck sendet auch das falsche Signal in Richtung der wehrtechnischen Industrie. Der Minister verprellt Unternehmen in der Öffentlichkeit, ohne diese vorab auch nur zu

STRUCKSBUNDESWEHRPLÄNE AUF EINEN BLICK

■ **Aufgaben:** Die Bundeswehr soll auf eine wachsende Zahl von Auslandseinsätzen in Krisenregionen und im Anti-Terror-Kampf vorbereitet werden. Die Bedeutung der Landesverteidigung tritt in den Hintergrund.

■ **Truppenstärke/ Standorte:** Die Zahl der Soldaten soll von rund 285.000 bis zum Jahr 2010 auf 250.000, die Zahl der Zivilbeschäftigten von 125.000 auf

75.000 reduziert werden. Die Zahl der Standorte soll um weitere 100 auf rund 400 Standorte verringert werden.

■ **Struktur:** Künftig soll es drei Streitkräftekategorien (Eingreifkräfte, Stabilisierungskräfte, Unterstützungskräfte) geben. In jeder werden Soldaten des Heeres, der Luftwaffe und der Marine eingesetzt.

■ **Wehrform:** Struck bekennt sich verbal zur

Wehrpflicht, bereitet aber schon eine Streitkräftestruktur vor, die ohne Wehrpflicht auskommen können soll.

■ **Ausrüstung/Rüstungsprojekte:** Struck kündigte Veränderungen von bisherigen Rüstungsplänen an. Auf bestimmte Projekte soll verzichtet werden (u.a. Modernisierung der Abwehrrakete „Patriot“, Flugabwehrsystem „Mars.“)

informieren. Gleiches gilt für die Soldaten selbst. Während sich die SPD in der Öffentlichkeit stets als Beschützer der Arbeitnehmer darstellt, wird auf Soldaten und die eigenen zivilen Mitarbeiter keinerlei Rücksicht genommen. Die Ankündigung, 100 Standorte zu schließen, wird weitere Verunsicherung und Zukunftsangst bei den Beteiligten auslösen.

Bevor wir die Bundeswehr so grundlegend umbauen, brauchen wir eine öffentliche Debatte im Deutschen Bundestag. Wir verlangen eine klare Erklärung des Bundeskanzlers für den Erhalt der Wehlpflicht. Dort muss Struck auch erklären, wie er Deutschlands Sicherheit mit Hilfe einer Bundeswehr verteidigen will, die nur noch auf Auslandseinsätze ausgerichtet ist.

Christian Schmidt ist verteidigungspolitischer Fraktionssprecher.

Eichel mit Mogelpackung

Stellungnahme zum vorläufigen Jahresabschluss 2003:

Regierung und Koalitionsparteien kommentieren die jetzt bekannt gewordenen Zahlen des Jahresabschlusses 2003 erleichtert; es sei ja alles nicht so schlimm gekommen!



Dietrich Austermann

Die Nettokreditaufnahme liege um fast 5 Mrd. € unter den zuletzt geschätzten 43,4 Mrd. € und sogar die Steuereinnahmen seien um 1,1 Mrd. € günstiger als zuletzt befürchtet.

Das ist eine merkwürdige Betrachtung! Zu dieser Bewertung kann nur gelangen, wer die Realitäten völlig aus dem Blick verloren hat. Der Nachtrag 2003, der Rot-Grün als Maßstab dieser zweifelhaften „Erfolgsmeldungen“ dient, ist (noch) nicht in Kraft – er ist kein Maßstab.

Maßstab des Haushaltsabschlusses sind die unveränderten geltenden Zahlen des (ursprünglichen) Haushalts 2003. Danach sollte die Nettokreditaufnahme 18,9 Mrd. € betragen, jetzt liegt sie mit 38,6 Mrd. € bei mehr als dem Doppelten. Die Steuereinnahmen sind nicht etwa um 1,1 Mrd. € günstiger ausgefallen, tatsächlich liegen sie um etwa 11 Mrd. € unter den ursprüng-

lichen Haushaltsansätzen. Auch auf dem Arbeitsmarkt darf man nicht von 1,6 Mrd. € Minderausgaben reden; vielmehr sind Mehrausgaben von insgesamt 11 Mrd. € zusammengekommen, allein der Bundeszuschuss zur BA beläuft sich auf 6,2 Mrd. € – geplant war: Null! Der Zuschuss zur BA bedarf noch der Überprüfung: Im Dezemberergebnis der Bundesanstalt wurde noch eine Inanspruchnahme von Bundesdarlehen in Höhe von rd. 8,6 Mrd. € ausgewiesen; auf dieser Basis ergibt sich eine Rekord-NKA von 41 Mrd. €!

Damit haben sich die Warnungen der Union aus dem Frühsommer 2003 alles in allem bestätigt. Damit steht auch fest, dass der Nachtrag 2003 bereits im Sommer hätte vorgelegt werden können und müssen. Wer auch nur halbwegs ehrlich an die Ist-Zahlen 2003 herangeht, kann daran nichts Erfreuliches finden, diese Zahlen sind schlichtweg katastrophal. Das scheint die Bundesregierung aber nicht dazu zu bewegen, von ihrer unseriösen Haushaltspolitik Abschied zu nehmen.

Obwohl das Ist-Ergebnis des Jahres 2003 vorliegt, will die Bundesregierung im heutigen Vermittlungsverfahren den Nachtrag 2003 unverändert – d.h. mit mehreren mil-

liardenschweren Fehlern – im parlamentarischen Verfahren durchpauken. Sie will einen Nachtragshaushalt verabschieden, von dessen Zahlen definitiv feststeht, dass sie falsch sind. Das ist eine weitere Eichelsche Mogelpackung, eine mindestens eigenwillige Interpretation der verfassungsmäßigen Haushaltsgrundsätze von Klarheit und Wahrheit..

Dietrich Austermann ist haushaltspolitischer Fraktionsprecher



Peter Götz

nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages im Jahr 2002 Kosten von über 200 Mio. € nur für Graffiti beseitigung, etwa 50 € pro Quadratmeter, oft zusätzlich Gutachterkosten. In Berlin allein sind es jährlich 50 Mio. €, davon 15 Mio. € bei den Verkehrsbetrieben. Hier gibt es jährlich etwa 7000 Ermittlungsvorgänge. Auch in kleineren Städten grassiert das Fieber. In Koblenz zum Beispiel wurden im Jahr 2002 2000 Fälle zur Anzeige gebracht. Aufgeklärt wird es so gut wie nie, unter ein Prozent. Sanktionen brauchen die Schmierer nicht zu befürchten.

Verheerend sind die sozialen und städtebaulichen Folgen dieses nur vermeintlich kleinen Misstands: ganze Straßenzüge, Plätze und Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs bieten ein Bild der Verwahrlosung. Zahlreiche Straßenzüge entleeren sich und verslumpen als

Folge von Graffiti. Die Sozialstruktur der Bewohner engt sich ein auf die, die sich einen Umzug nicht leisten können. Mietminderungsklagen werden erhoben und beschäftigen die Gerichte. Gebäude – und Grundstückspreise sinken. Ein Gefühl der Unsicherheit macht sich breit.

Konsequentes Vorgehen gegen so genannte Bagatelldelikte wie Graffitischmierereien hat sich eindeutig als erfolgreich bei der Kriminalprävention erwiesen – vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Das Besprühen der weißen Wände anderer Leute oder von Bussen und Bahnen ist eben keine Bagatelle, genau so wenig wie Ladendiebstahl. Das muss deutlicher gemacht werden als bisher. All das hat die Kriminalitätsforschung mit ihrer „Broken-Windows-Theorie“ wissenschaftlich nachgewiesen und die Praxis in anderen Ländern hat es längst belegt.

Derweil wächst der Schaden bei uns Tag für Tag und Monat für Monat; jeden Tag über eine halbe Mio. €, jeden Monat über 16 Mio. €.

Berlin musste inzwischen eine Gemeinsame Ermittlungsgruppe aus Polizei und Bundesgrenzschutz „Graffiti in Berlin“ (GIB) einsetzen – und sie bezahlen. Ein Ermittler ist bereits von ertappten Sprayern niedergestochen

Rot-Grün verschleppt Graffiti-Bekämpfung

Seit über einem Jahr verzögert Rot-Grün eine Entscheidung über Gesetzentwürfe der Opposition zur maßvollen Verbesserung der Rechtslage bei der Graffiti-Bekämpfung. Die Koalition ist zerstritten und ein angekündigter eigener Gesetzentwurf ist immer noch nicht fertig. Schon in der letzten Legislaturperiode (1998–2002) hatte Rot-Grün verhindert, dass das Problem gelöst wird. Deshalb hat die Union einen Bericht des Rechtsausschusses im Plenum des Deutschen Bundestages durchgesetzt (Bundestagsdrucksache 15/2325).

Graffiti verursacht riesige volkswirtschaftliche Schäden. In Deutschland entstanden

worden, ein anderer wurde einen Treppenaufgang herunter gestoßen und schwer verletzt. Einzelne organisierte Gruppen vermarkten ihre Graffiti-Bildbände und Videofilme auf einem grauen Markt. In dieser Szene werden Claims abgesteckt. Die Kämpfe werden immer gewalttätiger. Allein in Berlin sind 3.000 bis 4.500 Sprayer in 150 Gruppen („Crews“) organisiert.

Peter Götz ist kommunal-politischer Fraktionssprecher.

Clement muss Gerster sofort entlassen

Erklärung zur Diskussion mit dem Vorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit Florian Gerster im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages.

Bundeswirtschaftsminister Clement muss den Vorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Florian Gerster, sofort entlassen. Dies ist die einzig angemessene Konsequenz aus dem Beraterskandal in der BA, der massiven Kritik des Bundesrechnungshofes sowie der widersprüchlichen Salami-Informationstaktik des BA-Vorsitzenden.

■ Die Vorwürfe des Bundesrechnungshofes haben sich in jedem Einzelfall bestätigt. Der BA-Vorsitzende hat ge-



Karl-Josef Laumann

gen Haushalts – und Vergaberecht eklatant verstoßen. Die 1,46 Mio. teure PR-Beratungsfirma konnte de facto selbst festlegen, welche Leistungen für die Beitragsmittel erbracht werden. Weder eine Dokumentation noch eine Kontrolle der Beraterleistungen ist von der BA durchgeführt worden.

■ Florian Gerster hat den Wirtschaftsausschuss bewusst getäuscht. Die Widersprüche zwischen Gersters Aussagen im Wirtschaftsausschuss am 28.11.2003, dem Bericht des Bundesrechnungshofes sowie den amtlichen Dokumenten bleiben bestehen.

■ Offenkundig sind in der BA relevante Dokumente manipuliert worden. So wird bspw. die Entscheidung für die Auftragsvergabe an WMP am 19. Februar mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers begründet, die erst am 14. März 2003, also gut

vier Wochen nach dem Vorstandsbeschluss, überhaupt gehalten worden ist.

■ Gerster hat gegen klare Vorgaben des BA-Vorstandes verstoßen. Der Vorstand hatte eindeutig beschlossen, dass WMP ein Beraterhonorar von 1,2 Mio. € inkl. Mehrwertsteuer erhalten soll. Der von Florian Gerster persönlich ausgehandelte Vertrag beläuft sich auf ein Beratervolumen von 1,26 Mio. € ohne Mehrwertsteuer und ein Gesamtvolumen von 1,46 Mio. €. Damit hat der BA-Vorsitzende persönlich eine Ausgabensteigerung von gut 260.000 unabgestimmt und gegen den Vorstandsbeschluss der BA durchgesetzt. Die Kosten der PR-Beratung waren damit deutlich höher als bislang bekannt. Da der BA-Vorsitzende die Verantwortung für einen Etat von rund 53 Mrd. € trägt, sind an diese Person höchste Anforderungen an Integrität und Glaubwürdigkeit zu stellen. Das Vertrauen in diese Integrität Florian Gersters ist durch das Verhalten des BA-Vorsitzenden und die Art und Weise, wie der Beratervertrag mit WMP zustande gekommen ist, nachhaltig erschüttert worden.

Es gilt jetzt, den nötigen und sinnvollen Umbauprozess der Bundesagentur für Arbeit sowohl für die vielen

arbeitslosen Mitbürger aber auch die Beschäftigten der BA selbst mit einem Neuanfang an der Spitze zu ermöglichen. Dies ist der Weg, um Vertrauen in die BA wieder herzustellen.

Karl-Josef Laumann ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit.



Dirk Fischer

Konzeptloser Mautminister

Erklärung zum Mautbericht durch Minister Stolpe in der Verkehrsausschuss-sitzung des Bundestages:

Ich fordere Bundesminister Stolpe auf, nicht mehr Nebelkerzen in Sachen Maut zu zünden, sondern endlich eine klare Mautkonzeption vorzulegen. Vorrangiges Ziel muss dabei die finanzielle Sicherung der Verkehrsinfrastruktur sein. Auch in der Verkehrsausschusssitzung hinterlässt Minister Stolpe keinen handlungsfähigen Eindruck. Es gibt keine überzeugenden Lösungskonzepte, die eine Besserung bringen könnten.

Die Fakten:

■ Für die Verkehrsinfrastruktur fehlen 2,1 Mrd. Euro im Jahre 2004; wenn man die Ausfälle vom vergangenen Jahr hinzurechnet, handelt es sich also um einen Fehlbetrag von 2,8 Mrd. Euro

für Straße und Schiene. Die Folge: Bahnchef Mehdorn schreibt bereits heute an Bahnbauunternehmen, dass alle laufenden Ausschreibungen und Vergaben für die Eisenbahninfrastruktur gestoppt wurden. Damit gefährdet Stolpe viele Arbeitsplätze bei deutschen Tiefbauunternehmen.

■ Dieses finanzielle Desaster hätten die Minister Eichel und Stolpe verhindern können, wenn sie sich an den im Vermittlungsausschuss gefundenen Kompromiss gehalten hätten. Die Maut-einnahmen müssten zusätzlich zu den Infrastrukturmitteln im Haushalt eingestellt werden. Da dies nicht erfolgt ist, fehlen nun fundamental die Mauteinnahmen bei Straße und Schiene.

■ Eine Wiedereinführung der Eurovignette wäre nur dritte Wahl, denn sie bringt im Jahr lediglich 450 Mio. €, während die Maut Einnah-

men von 3,4 Mrd. € bringt.

■ Keine Einlassungen zu konkreten Schadensersatzforderungen gegenüber dem Mautkonsortium. Doch eines ist klar, im Mautvertrag wurden weitergehende Ansprüche als die Vertragsstrafe ausgeschlossen.

■ Stolpes Versuch, die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mit Kreditfähigkeit auszustatten, wäre Schaffung eines Schattenhaushalts. Dennoch lässt Stolpe diesbezüglich eine Gesetzesänderung vorbereiten.

Dirk Fischer ist verkehrspolitischer Fraktions-sprecher.



WEB-TIPP

Was hat sich seit dem 1. Januar 2004 geändert? Antworten finden Sie auf der Homepage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

■ Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens

<http://www.cducusu.de/upload/gesundheitsreform/031216.pdf>

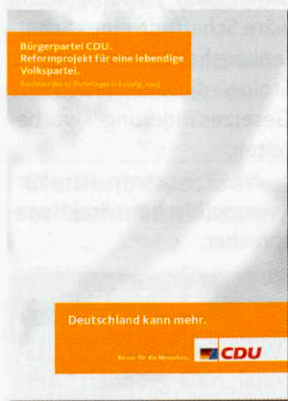
■ Fragen und Antworten zur Gesundheitsreform

<http://www.cducusu.de/upload/gesundheitsreform/031223.pdf>

■ Zentrale Änderungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung

<http://www.cducusu.de/upload/gesundheitsreform/031216.pdf>

Beschlüsse des 17. Parteitags in Leipzig 2003



Bürgerpartei CDU.

Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei.

Bestell-Nummer: **5096**

Preis je 25 Stück: **28,00 €**
inkl. MwSt.: 29,96 €



Deutschland fair ändern.

Ein neuer Generationenvertrag für unser Land.
Programm der CDU zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme

Bestell-Nummer: **5097**

Preis je 25 Stück: **37,00 €**
inkl. MwSt.: 39,59 €



Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland

Bestell-Nummer: **5098**

Preis je 25 Stück: **16,50 €**
inkl. MwSt.: 17,65 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de